



Viel Arbeit in der Aussenpolitik

Im Interview gibt Aussenministerin Dominique Hasler Einblicke in ihre Schwerpunkte und Zielsetzungen.

Seite 3

Ausgabe 1|22
April 2022



Altparteipräsident Günther Fritz, Generalsekretär Michael Winkler und der neue VU-Parteipräsident Thomas Zwiefelhofer (v. l.) anlässlich des Sommerparteitags vom 17. Juni 2021.
Bild: D. Schwendener



Michael Winkler
Generalsekretär

Editorial

Dem Schrecken den Zahn ziehen

Pandemie, Krieg, Wirtschaftssanktionen, Inflation, Klimawandel. Ja, es liegt international einiges im Argen. Auch auf Liechtenstein haben diese Entwicklungen einen starken Einfluss. Angesichts der Zustände in anderen Teilen der Welt kann man aber, wenn man optimistisch veranlagt ist, auch einmal feststellen, dass wir in unserem Land komfortable Bedingungen vorfinden. Auch die Landesrechnung 2021 unterstreicht das: Weitere 224 Mio. Franken Gewinn konnte unsere Staatskasse verbuchen. 46 Mio. davon erzielte das Land im Kerngeschäft. Das zeigt, dass wir gut aufgestellt sind. Auch die Reserven von bald 3 Mia. Franken geben uns Sicherheit in unsicheren Zeiten, damit wir den Kopf nicht in den Sand stecken müssen.

Der Blick der VU richtet sich darauf, was wir in unserem Land trotz guter Ausgangslage optimieren können. Vor allem für all jene, die über keine gute Ausgangslage verfügen. Dafür brauchen wir gute, gezielte Unterstützungsleistungen für jene, die es brauchen. Wir brauchen einen einfachen Zugang zu Sozialleistungen – Stichwort: Bürokratieabbau – und wir brauchen aktuelle und fundierte Daten darüber, was in unserem Land gut läuft und wo wir Optimierungspotenzial haben. Das wird der Schwerpunkt unseres Bürgerpakets 2.0 sein, das wir kürzlich gestartet haben. Nur, weil wir in vielen Bereichen weltweit in vielen Statistiken sehr gut dastehen und vielfach zu den Spitzenreitern gehören, heisst das nicht, dass wir uns auf diesen Lorbeeren ausruhen dürfen. Gerade jene Mitmenschen bei uns im Land, denen es nicht so gut geht, die sich aus Scham dazu aber nicht äussern wollen oder können, brauchen Fürsprecher in der Politik. Gerade in unserer wohlhabenden Gesellschaft können wir in der Sozialpolitik mit zielgerichteten Unterstützungen allen ermöglichen, dass sie sich wohlfühlen und gut und gerne in Liechtenstein leben können. Gehen wir diese Aufgabe als Team Liechtenstein an! ■

«Der Stabwechsel ist geglückt»

Nach einem intensiven und bewegten ersten Jahr als Parteipräsident der Vaterländischen Union ist es Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen und gleichzeitig nach vorne zu blicken.



Thomas Zwiefelhofer
Parteipräsident

Nur eine Woche nach dem knappen Wahlsieg der Vaterländischen Union (VU) bei den Landtagswahlen des 7. Februar 2021 hatte unser allseits geschätzter und respektierter Altparteipräsident Günther Fritz am 15. Februar 2021 gesundheitsbedingt seinen sofortigen Rücktritt bekannt gegeben. Der Vaterländischen Union (VU) ist es in den Wochen danach nicht nur gelungen, rasch die Nachfolge zu klären, sondern gleichzeitig auch die Koalitionsverhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Am VU-Parteitag vom 22. März 2021 erfolgten die Wahl des neuen VU-Parteipräsidenten, die Bestätigung des neuen VU Regierungsteams mit Daniel Risch als Regierungschef an der Spitze und die Verabschiedung des Koalitionsvertrags mit der FBP, der zwei Tage später unterzeichnet wurde.

Parteiorganisation

Nach den intensiven Wochen im Anschluss an die Landtagswahlen 2021 reorganisierte sich die Partei weiter. Der bisherige Parteisekretär Michael Winkler wurde vom VU-Präsidium am 12. April 2021 zum VU-Generalsekretär bestellt, und kurz darauf wurde Janine Schädler zur Nachfolgerin von

Bettina Fuchs als Parteikassierin und -administratorin bestimmt. Damit war das neue Team der Parteizentrale komplett. Nach einem Jahr kann ich mit grosser Freude feststellen: die Zusammenarbeit im Wilhelm-Beck-Haus funktioniert hervorragend, auch das neu zusammengesetzte VU-Präsidium hat guten Tritt gefasst und die Partei ist sehr gut aufgestellt. Die ausgezeichnete Stimmung in der Partei kam auch am stimmungsvollen Sommer-Parteitag im Juni 2021 im Sportpark Eschen-Mauren zum Ausdruck, wo viele verdiente Mandatäre verabschiedet und verdankt wurden.

Mit Beginn des zweiten Halbjahres 2021 haben wir die Arbeiten für die Gemeindewahlen 2023 in Angriff genommen. Zunächst folgte mit den Ortsgruppenvorsitzenden eine Analyse der aktuellen Situation in den VU-Ortsgruppen, und wo nötig erfolgten organisatorische Anpassungen. Gleichzeitig wurde von der Parteizentrale ein Konzept für den Wahlkampf erarbeitet und mit den Ortsgruppen abgestimmt. Mittlerweile hat die Suche nach Kandidatinnen und Kandidaten begonnen, und einzelne Ortsgruppen berichten bereits über erste Erfolge bei der Suche nach bewährten und neuen Köpfen für die Vorsteher- und Gemeinderatswahlen. Wir freuen uns ausserdem besonders, dass sich schon drei der amtierenden VU-Vorsteher öffentlich zur Wiederkandidatur bereit erklärt haben.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein war der Neustart des VU-Parteirats, der in erneuerter Zusammensetzung erstmals im März 2022 tagte. Die engagierten Diskussionsbeiträge von zahlreichen ehemaligen VU-Mandatären aus Gemeinden, Regierung, Landtag und Partei zum Thema Kirche und Staat haben den Wert des Parteirats als strategisches Beratungsgremium bewiesen. Mit einem gut besetzten Vorstand ist auch die Jugendunion aktiv und scheut sich nicht, pointierte Beiträge zu aktuellen politischen Themen aus ihrer Sicht einzubringen. Die Seniorenunion war von der Coronapandemie besonders betroffen, und derzeit laufen Bestrebungen, in diesem Parteigremium wieder frischen Wind in die Segel zu bringen. In der Frauenunion steht in Kürze das 40-Jahr-Jubiläum an, welches auch zur Standortbestimmung genutzt werden soll.

Politische Zusammenarbeit

Besonders wichtig und auch für das Land und seine Institutionen zentral ist ein gut funktionierendes Zusammenwirken der verschiedenen Vertreter der VU in den staatlichen Gremien und der Partei. Als Parteipräsident ist es mir deshalb zusammen mit unserem Generalsekretär ein Herzensanliegen, einen guten und reibungslosen Austausch zwischen dem VU-Regierungsteam und der VU-Landtagsfraktion zu befördern, der einerseits die un-

terschiedlichen Funktionen und die Gewaltenteilung respektiert, andererseits aber eine möglichst freundschaftliche und konstruktive Zusammenarbeit ermöglicht. Es freut mich sehr, dass die aktuelle Konstellation wirklich ausgesprochen gut harmoniert und ein kreatives und erfolgreiches politisches Wirken erlaubt. An einem gemeinsamen Workshop im vergangenen Herbst wurden die politischen Schwerpunkte der VU auf Landesebene für die nächsten drei Jahre erarbeitet, die nun über die Landtagsfraktion eingebracht werden. Stichworte sind u. a. das Bürgerpaket 2.0, die Sicherung der Altersvorsorge oder das Thema Biodiversität. Erste Früchte der ausgezeichneten Zusammenarbeit im ersten Jahr der neuen Legislatur sind im Beitrag unseres VU-Fraktionssprechers Manfred Kaufmann in dieser Klar-Ausgabe dargestellt. Sie sind ein eindrücklicher Leistungsausweis von Landtagsfraktion und Partei.

Dank

Abschliessend möchte ich allen am Erfolg der VU Beteiligten herzlich danken! Besonders erwähnen möchte ich die vielen Stunden an ehrenamtlicher Arbeit der Präsidiums-, Unions- und Ortsgruppenmitglieder, die zusammen mit dem grossen Rückhalt, den wir von unseren Parteimitgliedern erfahren, wesentlicher Bestandteil des Erfolgsrezepts der VU sind. Vielen Dank für diesen unschätzbaren Einsatz. ■

Impressum «klar.»

Herausgeberin: Vaterländische Union
Redaktion: Michael Winkler
Druck: Samedia Partner AG, 9469 Haag
Adresse: Vaterländische Union,
Parteisekretariat, Wilhelm Beck Haus,
Fürst-Franz-Josef-Strasse 13, 9490 Vaduz
Redaktion: Tel. +423 239 82 82,
E-Mail: michael.winkler@vu-online.li,
Internet: www.vu-online.li



Vaterländische Union

VU fordert bessere Familienunterstützung

Nach dem Bürgerpaket im Jahr 2018 hat die VU-Fraktion das Bürgerpaket 2.0 ins Leben gerufen. Darin geht es nicht nur um die Prüfung genereller Erhöhungen von Familienzulagen, sondern auch um die Schaffung einer Ausbildungszulage.

Manfred Kaufmann
Fraktionssprecher

Mit dem aktuellen Postulat wollen wir nun eine finanzielle Entlastung bzw. Unterstützung für Familien erzielen. Dies einerseits mit der Schaffung von Ausbildungszulagen, wie dies bspw. die Schweiz oder Österreich kennt, sowie mit der Erhöhung der Kinder- und Geburtszulage.

Gemäss Prüfauftrag im Postulat wird dabei die Regierung eingeladen zu prüfen, welche Auswirkungen die erweiterte Ausrichtung von Kinderzulagen bzw. einer neu zu schaffenden Ausbildungszulage bei Kindern in Ausbildung bis längstens zum 25. Lebensjahr hat. Es soll aufgezeigt werden, welche gesetzlichen Anpassungen notwendig wären, um hier besonders Familien in Liechtenstein zu entlasten. Besonders soll dabei auch die Perspektive einer generellen Erhöhung der Kinderzulagen, da diese seit 15 Jahren nicht mehr der Teuerung angepasst wurden, sowie die schon länger notwendige und immer wieder geforderte Indexierung der Geburtszulage geprüft werden.

Schaffung einer Ausbildungszulage prüfen

Die Familienzulagen in Liechtenstein sollen die Kosten, die den Eltern durch den Unterhalt ihrer Kinder entstehen, teilweise ausgleichen. Kinderzulagen erhält, wer für eigene Nachkommen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, aufzukommen hat.

Die Kinderzulage beträgt für jedes Kind monatlich 280 Franken. Sie erhöht sich mit Beginn des Monats, in dem das Kind das 10. Lebensjahr vollendet hat, auf monatlich 330 Franken. Während in Liechtenstein die Kinderzulage bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres des Kindes ausbezahlt wird,



Michael Winkler, Manfred Kaufmann und Markus Gstöhl präsentierten das Bürgerpaket 2.0.

Bild: Daniel Schwendener

gibt es in der Schweiz grundsätzlich bis zum 16. Lebensjahr eine Kinderzulage und vom 16. bis 25. Lebensjahr eine Ausbildungszulage, jedoch längstens bis zum Abschluss der Ausbildung. Wenn ein Kind ab 16 Jahren in Ausbildung ist, wird die bisherige Zulage betragsmässig in allen Kantonen sogar noch erhöht. Auch in Österreich kommt ein ähnliches Modell wie in der Schweiz zur Anwendung, wonach über den 18. Geburtstag hinaus, bei einer Ausbildung des Kindes, Auszahlungen erfolgen.

Im Kanton Zug beispielsweise betragen die Kinderzulagen bis

zum 18. Lebensjahr 300 Franken pro Monat. Vom 19. bis maximal zum 25. Lebensjahr werden diese in Form einer Ausbildungszulage auf 350 Franken pro Monat erhöht.

Durch diese Ausrichtung der Ausbildungszulage setzt die Schweiz somit auf die Unterstützung von Familien mit Kindern in Ausbildung und erhöht deshalb auch die Zulage ab dem Ausbildungsalter. Ein klares Bekenntnis!

Schweiz fördert besser

Die Unterhaltspflicht der Eltern in Liechtenstein endet auch nicht mit dem 18. Geburtstag, sondern

nach der Erstausbildung des Kindes. Gemäss Merkblatt zum Kindsunterhalt vom Amt für Soziale Dienste ist die Dauer der Unterhaltspflicht in Liechtenstein nicht an ein bestimmtes Alter des Kindes gebunden. Eltern müssen bis zur Selbsterhaltungsfähigkeit des Kindes Unterhalt leisten.

Wir haben Vergleiche mit der Schweiz gemacht. Dort ist es so, dass die Kinderzulage bis zum 16. Lebensjahr mindestens 200 Franken beträgt und danach bis zum Abschluss der Ausbildung, längstens jedoch bis zum vollendeten 25. Altersjahr, mindestens 250 Franken. Die Kantone können

selbstverständlich höhere Zulagen bestimmen, was mehrheitlich auch vorgenommen wird. Man sieht dabei aber klar, dass die Zulage mit dem höheren Alter erhöht wird, wenn sie bei uns in Liechtenstein beendet wird.

Für ein Kind wird in Liechtenstein bis zum 18. Lebensjahr maximal eine Kinderzulage von insgesamt 65 280 Franken ausbezahlt. Das sind 9120 weniger als in St. Gallen, 6120 weniger als in Graubünden und gar 28 920 weniger als im Kanton Zug. Unseren Berechnungen zufolge würde diese Investition pro Jahr bei einer Ausbildungszulage von 150 Franken pro Monat 2,7 Millionen Franken pro Jahr kosten. Bei 250 Franken Ausbildungszulage wären es 4,5 Millionen und bei 300 Franken 5,4 Millionen Franken pro Jahr.

Höhe der Kinderzulage

Bei der Betrachtung der Familienzulagen ist auffällig, dass diese Beträge seit 2007 konstant geblieben sind und somit nicht angepasst wurden. Gleiches gilt auch für die Alleinerziehenden- und Geburtszulagen. Gerade bei den Alleinerziehendenzulagen sprechen viele Betroffene heute bei den 110 Franken pro Monat eher von einer «kleinen Anerkennung» als von einer Unterstützung. Hier bietet sich im Zuge der Postulatsbeantwortung eine Prüfung an. Bedenkt man, dass von 1986 bis 2007 – also einem Zeitraum von 21 Jahren – eine Erhöhung um 180 Franken bei den Kinderzulagen und um 1800 Franken bei den Geburtszulagen erfolgte, dürfte sich der Betrag in den vergangenen 15 Jahren ebenfalls massgeblich erhöhen, zumal sich die Kosten für Familien in den letzten Jahren alleine im Gesundheitswesen (Prämien, Kostenbeteiligung, Franchise) stark nach oben entwickelt haben. ■

Bezahlbares Wohnen: Handlungsoptionen überprüfen

Viele junge Familien denken über ein Eigenheim nach, müssen aber oft trotz hoher Löhne die Segel streichen, weil das Eigenkapital fehlt. Auch die Mietpreise sind am Steigen und sorgen bei vielen Mieterinnen und Mietern für Sorgenfalten.



Markus Gstöhl
stellvertretender
Landtagsabgeordneter

Das Thema «bezahlbares Wohnen» betrifft besonders Familien und ist ein politischer Dauerbrenner. Um gezielte Massnahmen in diesem Bereich vorzuspüren, hat die VU diverse Vorschläge im Postulat verankert. Die Regierung wird dazu eingeladen, verschiedene Prüfungen zu tätigen, um die Situation der Menschen – vor allem jungen Familien – zu verbessern.

Wie steht es um die Mietpreise?

Diese Prüfung umfasst unter anderem die bezahlbaren Mietpreise. Die Mietpreisentwicklung muss evaluiert werden. Das Woh-

nen wird schneller teurer als die Löhne steigen! Der Grundsatz bzw. die Regel «die Miete darf nicht höher sein als ein Drittel des Lohnes» ist in vielen Fällen nicht mehr gegeben. Liegt das nur am Luxusanspruch der Mieter oder gibt es auch andere Gründe, warum diese Faustregel nicht mehr uneingeschränkte Gültigkeit hat?

Vereinfachungen für Eigenheimbesitzer

Für viele ist es auch nicht mehr so einfach möglich, ein Eigenheim – sei es eine Wohnung oder ein Haus – zu erwerben. Die für eine Hypothek benötigten Eigenmittel überfordern viele – hier soll die Regierung Stellung beziehen, ob der Staat beispielsweise eine Bürgschaft für die 2. Hypothek eines Eigenheims übernehmen könnte, um Risiken für die Bank

abzufedern. Die Abwicklung erfolgt durch die Bank. Das Ausfallrisiko nach einer Verwertung der Liegenschaft durch die Bank könnte demnach durch den Staat übernommen werden.

Denkbar wäre zum Beispiel auch, dass man den kalkulatorischen Zinssatz nicht von Anfang an erfüllen muss – sondern zum Beispiel erst nach Ablauf einer ersten, zehnjährigen Hypothek, wo dann bereits ein Teil der Hypothekarschuld abgezahlt werden soll.

Wohnbauförderung kritisch hinterfragen

Ein weiterer Punkt ist das Wohnbaufördergesetz, das in diesem Bereich schon länger nicht mehr angepasst wurde. Es stellt sich die Frage, ob die Höhe der Förderbeiträge noch angemessen sind. Bedenkt man die gestiegenen

Baukosten der letzten Jahre, könnte hier Handlungsbedarf bestehen. Auch das Baugesetz bzw. die Bauverordnung könnten mögliche Preistreiber für Grundstücke sein. Die Ausnutzungsziffer ist immer noch das Mass der Bebaubarkeit. Durch eine mögliche Abschaffung oder Anpassung der Ausnutzungsziffer könnten die Grundstücke deutlich besser bebaut werden. Der Kanton Sankt Gallen hat dies seit geraumer Zeit bereits umgesetzt. Das Bauland in FL ist knapp – eine optimale Verwertung der Grundstücke muss fokussiert werden.

Chancen und Risiken beim Pensionskassenvorbezug

Im Vergleich zur Schweiz ist es dort möglich, einen Teil des Guthabens der angesparten Pensionskasse zur Finanzierung eines Eigenheims zu verwenden. Dies

ist in FL nicht möglich und soll von der Regierung geprüft werden, damit dies breiter diskutiert werden kann. Aus liberaler Sicht müsste man denken, dass dieses Geld ja den Sparern gehört. Damit könnte man sich fürs Alter im Sinne einer Vorsorge eine günstige Wohnlösung erschaffen.

Weitere Möglichkeiten prüfen

Das benachbarte Ausland, Deutschland, Österreich und die Schweiz, lebt schon einige Finanzierungsmodelle zu bezahlbarem Wohnraum vor. Hier laden die Postulanten die Regierung ein, womöglich zukunfts-trächtige Modelle auch für Liechtenstein zu prüfen. Es gibt dabei eine Prämisse der Postulanten: Das Ganze muss passieren, ohne dabei den Grundsatz der freiheitlichen Wirtschaftsordnung zu tangieren. ■

«Gerade in Zeiten wie diesen ist der Multilateralismus unverzichtbar»

Als Aussenministerin erlebt Dominique Hasler die aktuelle Krisendiplomatie hautnah mit. Im Interview spricht sie über ihre Lebensumstellung durch den Jobwechsel, die Notwendigkeit der Vernetzung für einen Kleinstaat und die grosse Solidarität Liechtensteins.

Dominique, seit gut einem Jahr bist du jetzt Aussenministerin. Wie hat sich dein Leben geändert, seit du vom Inneren ins Äussere gewechselt bist?

Dominique Hasler: Der Wechsel vom Innen- ins Aussenministerium ist reibungslos verlaufen. Als Aussenministerin ist es sehr hilfreich, wenn man die innenpolitischen Themen gut kennt. Dies ermöglicht es uns, die Aussenpolitik so zu gestalten, dass sie sich eng an unseren Werten und Interessen orientiert. Auf die Frage eingehend, was sich in meinem privaten Leben geändert hat; mein neuer Kleiderschrank ist nun der Koffer. (lacht)

Du sprichst es an: Nachdem nun die Pandemiemassnahmen grossenteils gefallen sind, ist dein Job wieder mit vielen Reisen verbunden. Wie empfindest du den «Reisestress»?

Reisen ist ein wesentlicher Bestandteil im Leben einer Aussenministerin. Dies als Stress zu empfinden, wäre also kontraproduktiv. Ich bin diesbezüglich sehr flexibel, mein Büro ist jetzt halt im Auto, Flieger oder Zug – das funktioniert heutzutage wunderbar.

Kommen die Bereiche Bildung und Sport nicht zu kurz, wenn du so oft im Ausland bist?

Nein! Als Aussenministerin ist es eine meiner Kernaufgaben, unser Land und unsere Interessen in der Welt zu vertreten. Und wie gesagt: In der heutigen Zeit ist man auf der ganzen Welt gut erreichbar und handlungsfähig. So findet – ganz egal, wo man gerade ist – auch in den Bereichen Bildung und Sport ein fortlaufender Austausch mit den Fachverantwortlichen statt. Ich werde in allen Bereichen von sehr guten Teams unterstützt, wofür ich sehr dankbar bin.

Wenn man neu in einem Amt ist, bringt man immer auch sich selbst ein und ortet sicher hier und da Optimierungspotenzial. Was macht unser Land anders, seit du Aussenministerin bist?

Das Aussenministerium besteht aus meinem Team im Aussenministerium, aus dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten und den Teams an unseren acht Aussenstellen. Das diplomatische Korps sorgt mit seiner langjährigen Erfahrung für Kontinuität in der Bearbeitung von unseren aussenpolitischen Schwerpunkten. Wir machen also keinesfalls einfach alles anders, aber natürlich setze ich auch meine eigenen Schwerpunkte. Dazu gehört für mich persönlich ein verstärktes Engagement im Bereich der internationalen Solidarität.

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine und die Kriegshandlungen überschatten praktisch alle anderen Agenden. Mit harten Sanktionen reagiert der Grossteil der Staatengemeinschaft darauf. Kommt der Multilateralismus angesichts solcher Ereignisse an seine Grenzen?



Regierungsrätin Dominique Hasler setzt sich für eine starke Stimme Liechtensteins im Ausland ein.

Bild: Yannick Zurflüh

Das übergeordnete Ziel eines gelebten Multilateralismus ist es, dass wir zusammenstehen und uns mit Nachdruck für die gemeinsam geschaffene regelbasierte Ordnung einsetzen. Gerade auch ein kleines Land wie Liechtenstein ist darauf angewiesen, dass Grenzen nicht einfach durch die Macht des Stärkeren verschoben werden und die Souveränität von Staaten respektiert wird. Auch wenn die zunehmende Polarisierung die Findung von gemeinsamen Lösungen erschwert, gibt es aus meiner Sicht keine Alternative zum Multilateralismus – nein, gerade in Zeiten wie diesen ist er unverzichtbar!

Wie muss man sich als Bürger die diesbezüglichen Diskussionen und Verhandlungen auf internationalem Parkett vorstellen?

Wir führen derzeit einen sehr engen und intensiven Austausch mit unseren Partnern. Sei dies bei bilateralen Treffen mit anderen Ländern oder im Rahmen unserer Mitgliedschaft bei der UNO, beim Europarat und der OSZE. Dabei steht die Wichtigkeit der gemeinsamen klaren Reaktion gegen diesen bis vor wenigen Wochen unvorstellbaren und verheerenden Angriffskrieg im Zentrum der Gespräche. Ich erlebe eine sehr starke Verbundenheit zwischen den Partnerstaaten, weshalb es aus meiner Sicht so wichtig ist, dass auch wir als Land im Herzen Europas Teil dieser Gespräche sind.

Gibt es in der Aussenpolitik angesichts dieser Krise überhaupt noch Raum für andere Themen, die Liechtenstein international behandelt bzw. vorantreibt?

Dieser Krieg in Europa hat uns aufs Tiefste erschüttert. Es sind gerade Zeiten wie diese, die uns

Gerade Krisen zeigen auf, wie wichtig es ist, dass wir aufgrund der engen Verflechtung unserer Länder unsere regionale Partnerschaft fortlaufend in den verschiedensten Bereichen stärken.

einmal mehr aufzeigen, wie wichtig es ist, als Kleinstaat aufgrund einer aktiven Aussenpolitik gut vernetzt und eingebunden zu sein. Neben der Krisenbewältigung ruhen andere Themen in der Aussenpolitik aber nicht. Wir sind deshalb besonders gefordert. Neben den breiten Kernaufgaben stehen auf der Agenda auch wei-

tere Projekte wie die Vorbereitung auf den anstehenden Vorsitz Liechtensteins beim Europarat, die Ausgestaltung des Jubiläumsjahrs zum Zollvertrag und vieles mehr.

Im Regierungsprogramm kann man nachlesen, dass der Schwerpunkt vor allem auch auf die regionale Zusammenarbeit mit den Nachbarn gelegt werden soll. Vor drei Wochen waren die Aussenminister der deutschsprachigen Länder zu Gast in Liechtenstein. Welche Themen will man gemeinsam anpacken?

Die deutschsprachigen Länder pflegen seit vielen Jahren sehr enge Beziehungen. Gerade Krisen zeigen auf, wie wichtig es ist, unsere regionale Partnerschaft fortlaufend in den verschiedensten Bereichen stärken. Beim diesjährigen Treffen stand das gemeinsame entschiedene Vorgehen gegen diesen abseheulichen Krieg im Zentrum der Gespräche. Dazu gehört eine enge Abstimmung bei der Umsetzung der Sanktionen, die Koordination humanitärer Hilfe, die gemeinsame Positionierung in internationalen Gremien und vieles mehr.

Am 11. Mai findet in Schaan die Veranstaltung «Zeit für Liechtenstein» statt. Was erwartet uns da?

Bei diesem «Zeit für Liechtenstein»-Anlass soll ein näherer Einblick in die aussenpolitische Arbeit und deren Bedeutung gegeben werden. Nach einem Impulsreferat kann bei einer offenen Diskussion mit den Gästen auf Fragen zur Aussenpolitik eingegangen werden. Das wird sicher

ein spannender Abend für uns alle!

Nach Corona stehen wir in der Bildung mit der Integration von Flüchtlingskindern vor grossen Herausforderungen. Wie erlebst du als Bildungsministerin unser Bildungswesen in dieser speziellen Drucksituation?

Unser Bildungssystem hat bereits während der Coronapandemie gezeigt, wie flexibel wir auf Herausforderungen reagieren können. Infolge des Krieges und der vielen Schutzsuchenden haben die Verantwortlichen in den letzten Wochen neue Strukturen und pädagogische Konzepte geschaffen, um auch Hunderte von zusätzlichen Schülerinnen und Schülern beschulen zu können. Diese Solidarität und der enorme Einsatz sind beeindruckend und inspirierend. Da wir nun im Bildungsbereich nahtlos in die nächste Belastungsprobe übergehen, ist das zweifelsohne ein grosser Kraftakt, und ich danke allen für ihr damit verbundenes Engagement.

Im April-Landtag hast du ausgeführt, dass sich 30 ehemalige Lehrpersonen gemeldet haben, um in personellen Engpässen auszuweichen. Was sagt das über die Solidarität in unserem Land aus?

Das zeigt in meinen Augen auf wunderbare Art und Weise, dass wir unsere humanitäre Tradition wirklich leben. Dafür bin ich sehr dankbar, und ich habe grossen Respekt vor dieser Bereitschaft, sich für das Wohl der Schutzsuchenden einzusetzen. ■

Interview: Michael Winkler

Landtagsfraktion: Ein erfolgreiches Jahr

Seit der Landtagseröffnung vom 25. März 2021 ist bereits etwas mehr als ein Jahr vergangen.

Wir können nun auf acht Arbeitssitzungen sowie einen Sonderlandtag zum 100-jährigen Verfassungsjubiläum zurückblicken.

Manfred Kaufmann
Fraktionssprecher

In dieser Zeit ist die Fraktion zu einem grossen Miteinander zusammengewachsen. Der Austausch untereinander ist in den Fraktionssitzungen stets sehr positiv und konstruktiv. Verschiedenste Meinungen zu den politischen Themen werden kontrovers und respektvoll miteinander diskutiert. Auch die Zusammenarbeit und der Austausch mit unseren Regierungsmitgliedern sowie mit dem Parteipräsidium und den Parteigremien erfolgt reibungslos in einer grossen Teamarbeit. Dabei werden wir von unserem Team im Wilhelm-Beck-Haus sehr gut unterstützt.

Erfolgreiche Vorstösse

Als Fraktion sind wir sehr breit aufgestellt, was die entsprechenden Kompetenzen, Alter und Geschlecht anbelangt. Im Landtag habe ich unsere Fraktion stets als aktiv und sehr gut auf die Sitzung vorbereitet erlebt. Auffallend ist, dass es kaum wortgleiche Wortmeldungen innerhalb unseres Teams gibt, was auch dem Ziel speditiver Abläufe der Landtagsitzungen zuträglich ist.

Es ist mir eine Freude und Ehre Fraktionssprecher für unser Team zu sein. In den acht Arbeitssitzungen wurden von uns viele wichtige Kleine Anfragen gestellt. Dies ist ein gutes Mittel, um Informationen der Regierung zu bestimmten Themen zu erhalten sowie auch für geplante parlamentarische Vorstösse. Nicht zuletzt erhält die Regierung hier auch die Gelegenheit, Informationen zu transportieren und Klarstellungen für die Bevölkerung vorzunehmen.

Unsere Fraktion war in Sachen parlamentarische Vorstösse sehr aktiv. Das übergeordnete Ziel unserer Vorstösse ist dabei immer,



Manfred Kaufmann: Die VU-Fraktion ist gut aufgestellt und setzt sich für die Einwohner des Landes ein.

Bild: Daniel Schwendener

den Menschen – und in einem Vorstoss auch den Tieren – in Liechtenstein ihr Leben zu erleichtern und für eine positive Weiterentwicklung unserer Heimat Liechtenstein zu sorgen. Unsere Vorstösse wurden allesamt vom Landtag an die Regierung überwiesen (s. Kasten rechts). Dafür geht unser Dank auch an alle Abgeordneten der anderen Parteien, die damit die Sinnhaftigkeit unserer Arbeit unterstreichen. Denn wir brauchen für jeden Erfolg eines Vorstosses jeweils mind. drei Stimmen von anderen Parteien im Landtag.

Parteiübergreifend haben wir uns zudem auch am Postulat zum nachhaltigen und ganzheitlichen Raumplanungs- und Mobilitätskonzept beteiligt. Da wir uns weiterhin den Anliegen der Einwohnerinnen und Einwohner Liechtensteins widmen möchten, haben wir das in der letzten Legislatur gestartete Bürgerpaket

neu mit dem Bürgerpaket 2.0 fortgeführt (s. Seite 2 in dieser Ausgabe).

Kleinere Rückschläge entmutigen uns nicht

Bei allen Erfolgen gibt es auch immer wieder kleinere Rückschläge: Insbesondere die im April-Landtag behandelte Postulatsbeantwortung zum Tierschutz in Liechtenstein war für die VU-Fraktion wenig zufriedenstellend, weshalb wir uns vorbehalten, hier mit einem weiteren parlamentarischen Vorstoss eine Verschärfung herbeizuführen. Es heisst hier für uns: dranbleiben!

Zur Aufarbeitung der Coronapandemie vonseiten des Landtags haben wir im März-Landtag eine besondere Landtagskommission (BLK) beantragt. Das Ziel wäre es gewesen, aus der Vergangenheit die Lehren zu ziehen und mit konstruktiven Massnahmen nach vorne zu schauen und für eine

allfällige weitere Pandemie gewappnet zu sein. Der Antrag wurde mehrheitlich leider abgelehnt. Hier hätte der Landtag mit einer eigenen Aufarbeitung jedoch zu seiner Stärkung beitragen können. Den Entscheid respektierten wir selbstverständlich, aber bedauern ihn dennoch, da wir mit zwei Jahren Pandemie genügend Erfahrung hätten, um die Lehren daraus zu ziehen und nicht zuwarten müssten. Auch in dieser Agenda bleiben wir am Ball und werden uns weiterhin für eine Aufarbeitung durch den Landtag einsetzen.

Einsatz für konstruktive Lösung beim Spitalneubau

Im Zusammenhang mit der voraussichtlich massiven Kostenüberschreitung beim Spitalneubau werden wir im Mai-Landtag beantragen, der Geschäftsprüfungskommission konkrete Aufträge zur Überprüfung und zur Berichterstattung an den Gesamtlandtag zu übergeben. Dies im Sinne von Transparenz: Das Vertrauen der Bevölkerung für unser Landesspital muss wiederhergestellt werden. Und Transparenz schafft Vertrauen. Eine Aufarbeitung durch den Landtag bzw. dessen Geschäftsprüfungskommission ist aufgrund der kommunizierten massiven Kostenüberschreitung gegenüber dem vom Volk genehmigten Kredit auf jeden Fall angezeigt. Die VU wird sich in dieser Frage weiterhin konstruktiv einbringen und sich für eine gute Lösung in dieser Thematik einsetzen.

Das erste Jahr der Legislatur ist für die VU-Fraktion gelungen. Das gibt uns in unserem Ziel, weiterhin für die Bedürfnisse der Bevölkerung und für Liechtenstein einzustehen, Rückenwind. Es ist uns ein grosses Anliegen, für die Bevölkerung und unsere Heimat Sorge zu tragen und das Land vorwärtszubringen. ■

Parlamentarische Vorstösse der VU 2021 und 2022

An Regierung überwiesen

Motion «Casino-Bremse»: wonach die Eintrittshürden für neue Casinos erhöht werden, aber Liechtenstein dennoch ein verlässlicher Wirtschaftspartner bleibt.

Motion zur Anpassung des Strafrechts betreffend sexuellen Kindesmissbrauch und dem Besitz von Kinderpornografie.

Postulat für spezialisierte Palliative Care, wodurch die Einführung von einem Hospiz in Liechtenstein geprüft werden soll.

Interpellation zur Naturkatastrophen-Vorsorge in Liechtenstein.

Postulat zur Stärkung des Tiereschutzes in Liechtenstein, insbesondere wie wirksam das aktuelle Tierschutzgesetz gegen Tierquälerei ist.

Postulat zu möglichen Massnahmen zur langfristigen finanziellen Sicherung der AHV und damit verbunden die Prüfung einer Rentenerhöhung.

Postulat zur Senkung der Hürden für die Krankenkassen-Prämienverbilligung.

Im Mai-Landtag 2022

Postulat «Bezahlbares Wohnen in Liechtenstein»

Postulat «Finanzielle Entlastung von Familien»

Die Frauenunion feiert ihren 40. Geburtstag

Seit dem 22. März 1982 engagiert sich die Frauenunion für die Stärkung der Frauen in der Politik und insbesondere für die faktische Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen politischen Ebenen.

Die Vaterländische Union gratuliert der Frauenunion zum 40. Geburtstag. Die Zeiten waren damals andere. Das Frauenstimmrecht, das wir heute so selbstverständlich leben, musste zu dieser Zeit erst erstritten werden. Zweimal scheiterten Männerabstimmungen zu dieser Frage. Besonders im FBP-geprägten Unterland hatten die Aktivistinnen einen schweren Stand.

Starke Stimme für die Frauen

Die Gründungsversammlung der Frauenunion fand am 22. März 1982 statt. 42 Frauen aus dem ganzen Land unterschrieben damals ihre Beitrittserklärung. An ihrer Spitze stand mit Emma Brogle eine Vorkämpferin des Frauenstimm-



Die Frauenunion prägte die Frauenpolitik in Liechtenstein massgeblich mit. An der Frauentagung, hier in Triesen 1985, wurden wichtige Fragen erörtert und Zielsetzungen gefasst.

Bild: Archiv

rechts. Fortan spielte die Frauenunion eine wichtige Rolle auf dem Weg zur erfolgreichen Volksab-

stimmung vom 1. Juli 1984. Von da bis zur heutigen Regierung, die mehrheitlich mit Frauen besetzt

ist, war es ein langer und beschwerlicher Weg. Die Frauenunion organisierte Frauentagun-

gen und internationale Reisen mit jeweiligen Themenschwerpunkten, welche die öffentliche Wahrnehmung der Frauen in der Politik massgeblich beeinflusste.

Die Frauenunion selbst erlebte in den 40 Lebensjahren ihre Höhen und Tiefen. Zwischenzeitlich gab es auch Vakancen, die mit dem geringeren politischen Engagement von Frauen, das von wissenschaftlicher Seite des Öfteren untersucht wurde, begründet werden musste.

Heute ist der Vorstand der Frauenunion mit sechs starken Frauen gut aufgestellt. Zu Ehren der Frauenunion wird in diesem Jubeljahr auch eine kleine Jubiläumsfeier für aktive und ehemalige Mitglieder der Frauenunion durchgeführt. ■

Michael Winkler